

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 38.

Paderborn, 29. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. **Die auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellung auf das II. Quartal baldigst zu erneuern, damit die Zusendung keine Unterbrechung erleidet.**

Wir machen darauf aufmerksam, daß hier noch zwei andere Blätter unter ähnlichem Titel erscheinen, (Paderborner Volksbote und Westphalisches Volksblatt) weshalb man, damit Verwechslungen verhütet werden, bei der Bestellung das Paderborner Volksblatt genau bezeichnen wolle.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Frankfurt (die angenommenen Paragraphen der Verfassung); Berlin (Zuschrift des Justizministers an den Abgeordneten v. Möller; Kammerverhandlungen; Unterfügung der Volksschullehrer); Dresden (der Antrag Heinze's); Leipzig (Truppendurchzüge); Schleswig (eine dänische Fregatte; Ausweisung Dr. Baß's von Alsen).

Italien. (die neapolitanischen Kammern aufgelöst; Versuch einer Demonstration auf Sicilien; Cardinal Mezzofanti †; General Haynau, der Herzog von Modena; der Operationsplan Radetzky's).

Ungarn. (Vom Kriegsschauplatz).

Bermischtes.

R. Paderborn, 28. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volks.

Artikel V.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§. 19. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe!“

§. 20. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilactes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 21. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

Diese Bestimmungen betreffen diejenigen religiösen Acte, von welchen nach den bisherigen Gesetzen bürgerliche Rechte abhingen. — Früher waren die Eidesformeln je nach dem religiösen Bekenntnisse des Schwörenden verschieden. Namentlich sind in den preuß. Gesetzen für Katholiken, Protestanten, Juden, Mahometaner und Griechen verschiedene Eidesformeln vorgeschrieben. Diese Unterschiede in den Eidesformeln sollen aufhören. Für alle Deutsche, Christen und Nichtchristen, gilt künftig dieselbe Formel: So wahr mir Gott helfe. — Die kirchliche oder religiöse Ehe soll nicht ferner vor dem bürgerlichen Gesetze gelten. Jede Ehe, welche bürgerlich wirksam sein soll, muß vor der vom Staate angeordneten bürgerlichen Behörde geschlossen werden. Sobald die Brautleute vor dieser Behörde die Erklärung abgegeben haben, Eheleute sein zu wollen, gelten sie als rechtmäßige Ehegatten, wenn sie sich auch nicht kirchlich trauen lassen. Die Kirche erkennt natürlicher Weise nur solche Ehen als gültig an, welche kirchlich geschlossen sind. Da die Religionsverschiedenheit kein Ehehinderniß ferner sein soll, so können jetzt auch zwischen Christen und Nichtchristen, namentlich zwischen Christen und Juden (was bisher verboten war) bürgerlich gültige Ehen eingegangen werden. — Bisher wurden über die Geburten resp. Tausen und Trauungen Kirchenbücher geführt, welche öffentlichen Glauben hatten. Künftig führen bürgerliche Behörden sogenannte Civilstands-Register oder Standesbücher, worin die Trauungen und Geburten eingetragen werden. Es wird nun auch der Beweis der Geburt, des Alters und der Trauung nicht mehr durch die Kirchenbücher, sondern allein durch die bürgerlichen Standesbücher geführt werden können.

Deutschland.

* **Frankfurt, 24. März.** In der heutigen Vormittagsitzung der National-Versammlung wurden folgende Artikel mit nur geringen Abänderungen in der von dem Verfassungs-Ausschusse vorgeschlagenen Fassung endgültig angenommen.

Abschnitt II. — Die Reichsgewalt.

Artikel I.

§. 7. Die Reichs-Gewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten aus. Die Reichs-Gewalt stellt die Reichs-Gesandten und die Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffsahrts-Verträge, so wie die Auslieferungs-Verträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§. 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten. Auch dürfen dieselben keine besondere Consuln halten. Die Consuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichs-Gewalt. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichs-Oberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.

§. 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§. 10. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichs-Gewalt zur Kenntnißnahme und, in so fern das Reichs-Interesse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Artikel II.

§. 11. Der Reichs-Gewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und des Friedens zu.

Artikel III.

§. 12. Der Reichs-Gewalt steht die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

§. 13. Das Reichs-Heer besteht aus der gesammten zum Zwecke des Krieges bestimmten Landmacht der einzelnen deutschen Staaten. Die Stärke und Beschaffenheit des Reichs-Heeres wird durch das Gesetz über die Wehr-Verfassung bestimmt. Diejenigen Staaten, welche weniger als 500,000 Einwohner haben, sind durch die Reichs-Gewalt zu größeren militairischen Ganzen, welche dann unter der unmittelbaren Leitung der Reichs-Gewalt stehen, zu vereinigen, oder einem angrenzenden größeren Staate anzuschließen. Die näheren Bedingungen einer solchen Vereinigung sind in beiden Fällen durch Vereinbarung der betheiligten Staaten unter Vermittelung und Genehmigung der Reichs-Gewalt festzustellen.

§. 14. Die Reichs-Gewalt ausschließlich hat in Betreff des Heerwesens die Gesetzgebung und die Organisation; sie überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortbauende Controle. Den einzelnen Staaten steht die Ausbildung ihres Kriegswesens auf Grund der Reichsgesetze und der Anordnungen der Reichs-Gewalt und beziehungsweise in den Grenzen der nach §. 13 getroffenen Vereinbarungen zu. Sie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, so weit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird.

§. 15. In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen